Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zwangsstundungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 18 | **Montag den 23. Januar 1933** | **91. Jahrgang**

Die nationalsozialistische Kundgebung in Berlin

Verhältnismäßig ruhiger Verlauf — Bis 4 Uhr nachmittags etwa 22 Verletzte und 68 Festnahmen

w. **Berlin**, 22. Jan. Die nationalsozialistische Kundgebung am Grabe Horst Wessels ist im ganzen ruhig verlaufen. Die Polizei hatte außerordentlich umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Beim An- und Abmarsch der nationalsozialistischen Formationen kam es zu kleineren Zusammenstößen mit politisch Andersdenkenden. Dabei wurden mehrere Personen verletzt, u. a. ein Polizeibeamter, der mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Bereits in der Nacht zum Sonntag kam es in verschiedenen Stadtteilen zu kleinen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleuten.

Die Berliner Polizei war für Sonntag in höchste Alarmbereitschaft gesetzt worden. Bülowplatz und Nicolai-Friedhof, sowie die angrenzenden Straßen waren in weitem Ausmaß abgesperrt. Das Karl Liebknechthaus wurde von der Polizei besetzt. Auf den Häuserdächern standen Polizeibeamte in Bereitschaft. Auf dem Bülowplatz war ein Panzerwagen aufgestellt worden.

Dank dieser umfangreichen Sicherungsmaßnahmen der Polizei vollzog sich der Anmarsch der nationalsozialistischen Formationen verhältnismäßig reibungslos. Zu der Feier auf dem Friedhof, die gegen 2½ Uhr begann, hatten alle Berliner SA.-Formationen und Stürme aus Brandenburg Fahnenabordnungen entsandt. Gegen 2 Uhr erschien Adolf Hitler mit weiteren nationalsozialistischen Führern. Nach einer Ansprache des Pfarrers der Gemeinde wurde unter den Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" das Grabmal enthüllt. Adolf Hitler feierte in einer Ansprache Horst Wessel als den Dichter und Komponisten des Liedes, das heute das Sturmlied der SA. geworden sei. Der Ansprache folgte die Niederlegung von Kranzspenden. Auch der ehemalige Kronprinz ließ durch ein Stahlhelmmitglied einen Kranz niederlegen. Im Namen der Korps, denen Horst Wessel angehört hatte, sprach der Dichter Hans Heinz Ewers. Mit einem Gebet des Geistlichen schloß die Weihestunde. Es folgte ein Vorbeimarsch der nationalsozialistischen Formationen. Darauf erfolgte der geschlossene Abmarsch vom Friedhof in die verschiedenen Wohnbezirke. Die Trauerfeier selbst verlief vollkommen ruhig und ohne Störung.

Bis 4 Uhr nachmittags hatte die Polizei 68 Personen festgenommen, hauptsächlich Angehörige der KPD., aber auch einige Mitglieder der NSDAP. Bisher sind insgesamt 22 Personen als verletzt gemeldet, unter ihnen 3 Polizeibeamte. 21 Ueberfälle auf Mitglieder der NSDAP. wurden gezählt, 19mal mußte die Polizei einschreiten.

Horst Wessel-Gedenkfeier im Sportpalast

Rede Adolf Hitlers

Berlin, 22. Jan. (Eig. Meld.) Den Abschluß der Horst Wessel-Feier bildete eine Kundgebung im Sportpalast und zwei Parallelversammlungen, die wegen Ueberfüllung des Sportpalastes nötig waren.

Im Sportpalast hielt Hitler eine Rede, in der er u. a. ausführte, es sei ein Krieg entbrannt, der die Nation immer mehr in zwei Lager teile. Das was wir jetzt erlebten, sei eine Generalreinigung unseres deutschen Lebens. Der Ausgang dieses Ringens sei entscheidend über die Zukunft des deutschen Volkes. In solcher Zeit wüchsen die Fanatiker heran, die, wenn es nötig, auch dafür zu sterben wüßten. Diese Männer seien gestorben, um einer kommenden Zeit ein neues Leben zu schenken. Eines Tages werden diese Märtyrer die Toten der großen deutschen Nation sein. Hitler schloß mit den Worten: Wir wollen nur eine einzige Bitte an den Allmächtigen aussprechen, daß er uns, wenn unsere letzte Stunde schlägt, die gleiche Kraft, den Mut, die Tapferkeit und den Opfersinn dieser Männer geben möge. Der Kampf habe Opfer gefordert. Der Kampf gehe weiter. Was heute falle, stehe morgen schon in Glanz und Ehren wieder auf.

Die Kommunisten veranstalten eine antifaschistische Woche

Berlin, 22. Jan. Wie von kommunistischer Seite mitgeteilt wird, wird am Dienstag durch eine Kundgebung im Lustgarten eine antifaschistische Woche eingeleitet werden.

Koalitions- und Fraktionsverhandlungen

Berlin, 22. Jan. Wie das Nachrichtenbüro des V. d. Z. in parlamentarischen Kreisen erfährt, wird in dieser Woche der Reichstag neben seinen Ausschußarbeiten vor allem eine Reihe bedeutsamer Verhandlungen „hinter den Kulissen" durchführen, die sich mit der Frage der Erweiterung oder Umgestaltung der Reichsregierung zu beschäftigen haben. In nationalsozialistischen Kreisen wird erklärt, daß Adolf Hitler auch in dieser Woche noch in Berlin bleiben, daß aber vermutlich von den Nationalsozialisten eine Initiative in der Frage der Regierungsbesprechungen nicht ausgehen werde. Man nimmt deshalb in parlamentarischen Kreisen an, daß das Zentrum mit den in Frage kommenden Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei Fühlung nehmen wird. Es scheint, als ob diese Besprechungen bereits zu Anfang der Woche in Gang kommen werden, denn die Zentrumsfraktion des Reichstags ist bereits für kommenden Donnerstag nachmittag einberufen worden. Die Zentrumsfraktion rechnet damit, daß in dieser Fraktionssitzung sich langwierige und grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Regierungsgestaltung im Reiche ergeben werden, denn die Fraktion hat schon jetzt verfügt, daß ihre Beratungen nicht am Donnerstag beendet, sondern am Freitag fortgesetzt werden sollen. Im übrigen ist bereits gemeldet worden, daß die Reihe der Fraktionssitzungen schon am Montag, den 23. Januar, eröffnet wird durch den Zusammentritt der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Bereits am Dienstag, den 24., wird auch die Bayerische Volkspartei eine Fraktionssitzung veranstalten.

Unruhiger Sonntag in Köln

w. **Köln**, 22. Jan. In den heutigen Nachmittagsstunden rotteten sich in Köln an mehreren Stellen kommunistische Personen zu unfriedlichen Kundgebungen zusammen. In wiederholten Fällen mußten Polizeibeamte gegen die Kundgeber einschreiten. Die Beamten wurden hierbei mit Steinen, Briketts usw. beworfen und tätlich angegriffen. Besonders harten Widerstand fanden die Beamten in Köln-Ehrenfeld, wo sich etwa 800 Personen angesammelt hatten. Zur Abwehr der Angriffe waren die Beamten gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hierbei wurden zwei als radikale Kommunisten bekannte Personen erheblich und zwei weitere leicht verletzt. Die Verletzten wurden in Krankenanstalten gebracht. Mehrere Polizeibeamte wurden leicht verletzt.

Neue Unruhen

Nachdem bereits am Nachmittag in dem Vorort Ehrenfeld bei der Auflösung eines kommunistischen Demonstrationszuges Zusammenstöße stattgefunden hatten, bei denen vier verletzte Zivilisten zu verzeichnen waren, entstanden in der Altstadt, nahe beim Neumarkt, gegen 10 Uhr abends, abermals Unruhen, die diesmal noch ernsteren Charakter hatten. Da das Betreten des Viertels von der Polizei in der elften Abendstunde verboten wurde, waren Einzelheiten noch nicht zu erfahren. Fest steht, daß drei Schwerverletzte ins Hospital geschafft worden sind. In der angegebenen Zeit durchfuhren Ueberfallwagen das Viertel, beleuchteten mit Scheinwerfern die Häuser und forderten zum Schließen der Fenster auf, widrigenfalls geschossen würde.

Angriff auf eine Brünner Kaserne

Ein Toter, vier Verwundete

w. **Prag, 22. Jan. Vor der Kaserne des in Brünn stationierten Infanterieregiments 43 hatten sich heute gegen 1 Uhr morgens etwa 50 junge Leute aus der Umgebung Brünns angesammelt, die in die Kaserne einzudringen versuchten. Zwischen dem Militär und den Angreifern kam es zu einer Schießerei, bei der einer der Demonstranten getötet und mehrere andere verwundet wurden. Ueber den Vorgang erfährt das tschechoslovakische Pressebüro von maßgebender Seite:**

Ein Oberleutnant der Reserve namens Kobzinek aus Königsfeld, der in Brünn durch sein exaltiertes und abenteuerliches Auftreten bekannt ist, trat in den letzten Tagen mit einigen faschistisch gesinnten Personen aus der Umgebung von Brünn in Verbindung. Durch die Vorspiegelung, es handle sich um den Schutz einer faschistischen Versammlung, gelang es ihm, etwa 50 Personen zur Abfahrt in zwei Autobussen nach Brünn zu bewegen. Heute gegen 12½ Uhr morgens überredete Kobzinek in einer Schlucht vor Brünn die Teilnehmer an dieser Expedition zu einem Angriff auf die Kaserne des Infanterieregiments 43. Einige Teilnehmer dieses Unternehmens erkletterten die Hintermauer der Kaserne und es gelang ihnen, durch List die Wache am Haupttor zu entwaffnen. Auf ein Alarmzeichen trat den Abenteurern Militär und Polizei entgegen. Nach kurzem Geplänkel wurden die Angreifer unschädlich gemacht. Alle, die in die Kaserne eingedrungen waren, wurden verhaftet, die übrigen ergriffen nach den ersten Schüssen die Flucht. Während des Geplänkels wurde ein Anstreicher in den Kopf getroffen und verschied auf dem Transport ins Krankenhaus. Ferner wurden zwei Arbeitslose verwundet; einer erhielt einen Schuß ins Bein, das ihm amputiert werden mußte. Auf seiten des Militärs gab es einen Schwer- und einen Leichtverwundeten.

Im Zusammenhang mit dem Ueberfall auf die Infanterie-Kaserne in Brünn hat die Polizeidirektion in Prag Haussuchungen bei führenden Mitgliedern der faschistischen Bewegung, und zwar bei 70 Personen, u. a. auch bei dem Führer der tschechischen Faschisten, Rudolf Gajda, vorgenommen. Es wurde reichliches Material gefunden, das geprüft wird. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Außerdem wurden bei zahlreichen Personen in der Umgebung Brünns, die der Teilnahme an dem Ueberfall verdächtig sind, ebenfalls Haussuchungen vorgenommen. Der Anstifter des Ueberfalls, der 30 Jahre alte Reserve-Oberleutnant Kobzinek, konnte bisher nicht verhaftet werden. Er sowie einer der Hauptmittäter sind flüchtig und werden steckbrieflich verfolgt.

*

Madrid, 21. Jan. Gegen das Volkshaus in Sevilla wurden in der vergangenen Nacht zwei Bomben geworfen. Die Zündschnur der einen wurde vom Pförtner des Volkshauses unmittelbar vor der Explosion mit Wasser gelöscht, die andere explodierte und verletzte vier Kinder, eine Frau und sieben Männer. Drei Personen wurden verhaftet.

Vom Arbeitsethos der Zukunft

Die Welt ist voller Krisen des Wirtschaftsapparates. Die Herrschaft der Maschine hat den Menschen scheinbar überflüssig gemacht und ihn dem Elend preisgegeben. Es fehlt der Verteilungsschlüssel der von der Natur oder von den Menschen erzeugten Werte. Wie immer in solchen Zeiten, in denen scheinbar sich alle früher bewährten Gesetze auflösen, wächst aus den Trümmern vergangener Ordnungen der Glaube an eine neue und bessere Ordnung. Und wie immer angesichts eines zerrütteten Apparates und einer überholten Organisation steigt die Zuversicht herauf, es bedürfe nur eines neuen Apparates und einer neuen Organisation, um alle Krisen zu beheben und das Leben der Menschen wieder menschenwürdig zu machen. Die Masse des Volkes schwört auf den Sozialismus in vielerlei Abstufung. Wissenschaftler voller Intelligenz und Fachwissen sagen „das Ende des Kapitalismus" voraus. Gelehrte und praktische Wirtschaftler behaupten dagegen, die großen völkerbeglückenden Taten des Kapitalismus und der Weltwirtschaft stünden uns noch bevor. Autarkie, Planwirtschaft, Nationalwirtschaft, internationaler Marxismus, nationaler Sozialismus, die Theorien und Begriffe wechseln wie das Licht der Gestirne, und jede Theorie hält einen fix und fertigen Organisationsplan bereit.

Aber schließlich ist es nicht der Mensch allein, der die Wirtschaft formt, und noch weniger ist es einzig und allein die Wirtschaft, die dem Menschen sein Gepräge gibt. Wer nicht mehr stoßgläubig an die uneingeschränkte Herrschaft der Materie glaubt, der erkennt im Wandel der Jahrtausende die sich ablösenden großen Ideen, die als geistige Mächte von letztem Rang das sichtbare Reich der Wirklichkeit gestalten. Die Wirtschaftsformen und damit alle Konstruktionen und Organisationen des wirtschaftlichen Apparates unterliegen dem Arbeitsethos der jeweils herrschenden Menschengattung. Kommt tatsächlich heute ein neuer Menschentyp herauf, der aus einer veränderten Innenschau die äußeren Dinge umgestalten wird? Ein Blick in die Gegenwart bejaht die Frage.

In der Antike, also während der Blütezeit Griechenlands und teilweise auch noch Roms, galt es als Schande, Handarbeit zu leisten. Der herrschende Typ war Krieger, Staatsmann oder Künstler. Die Arbeit oblag den Sklaven, die auf immer neuen Kriegszügen herangeschafft wurden. Der Vollbürger begann erst auf jener sozialen Höhe, auf der er es nicht mehr nötig hatte, selbst zu arbeiten. Die Werke jenes Zeitabschnittes ergreifen und begeistern uns noch heute durch ihre kulturelle Reife und Geschlossenheit. Die Zeit dieser soziologischen Teilung des Volkes in Herren und Sklaven aber ist endgültig dahin.

Bereits im frühen Mittelalter kündigte sich der zweite „Arbeitstyp" an, um bei diesem Begriffe zu bleiben. Der Krieger und Ritter wurde durch den Kaufmann und Bürger abgelöst, es entstand das Idealbild des „königlichen Kaufmannes", der sich unter den veränderten Formen der Wirtschaft und durch den Sieg der Maschinen über die Handarbeit zu jenem Unternehmertyp umwandelte, wie ihn das vergangene Jahrhundert gesehen hat. Wirtschaftlicher Organisator und großer Erfinder. Berechnender Kaufmann und wagemutiger Pionier der Zivilisation: das 19. Jahrhundert läßt sich nicht denken ohne die Gestalt des Großunternehmers, dessen Werke das Bild der Erde verwandelt haben. Die Welt schien auf dem Wege zu einer einzigen wirtschaftlichen Großorganisation zu sein. Besitzende und Nichtbesitzende, Unternehmer und Handarbeiter, oder Bürger und Arbeiter, das war die Schichtung, die sich in diesem Wirtschaftsabschnitt vollzog. Je größer jedoch die Betriebe wurden und je weniger der Einzelarbeiter die seelische Verbundenheit zur Stätte seiner Arbeit und zum Werk seiner Hände verlor, desto unerträglicher wurden die sozialen Spannungen, die sich aus dieser Wirtschaftsstruktur ergaben. So bleibt als negatives Ergebnis dieser Blütezeit des Kapitalismus das Erwachen des Klassenkampfgedankens und das Entstehen der großen Klassenkampfverbände zu verzeichnen.

Denn je mehr der Arbeitende zum Objekt der Wirtschaft wurde, je stärker die Entseelung des Arbeitsvorganges fortschritt, desto fühlbarer mußte dem Arbeiter selbst die blinde Abhängigkeit vom Willen der Großunternehmer unter den Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur werden. Wie in der Antike bekam der Begriff der Handarbeit einen Beigeschmack des Erniedrigenden und der Sklavenarbeit. Für einen staatlichen Zweck, wie er in den großen Armeen der modernen Nationalstaaten verfolgt wurde, erhielt die Arbeit eine gewisse Adlung. Für die wirtschaftliche Bereicherung anonymer Unternehmer aber verlor sie ihren ethischen Sinn. Hier liegt der tiefste Grund, warum sozialistische Ideen ein so fruchtbares Feld in der arbeitenden Bevölkerung fanden. Das Arbeitsethos des in das moderne und nervenverbrauchende Hammerwerk der Wirtschaft eingespannten Arbeiters verlangt, daß der Arbeit diese Spur des Erniedrigenden und Sklavenhaften genommen wird. Dies erscheint jedoch nur denkbar, wenn die Arbeit einem Gemeinschaftszwecke untergeordnet wird. Je nach dem nationalen oder internationalen Bekenntnis des Sozialismus ist dieser Gemeinschaftszweck entweder die Stärke und Macht des Staates oder aber die soziale Wohlfahrt der Menschheit. In der sozialistischen Planwirtschaft, wie sie heute in Rußland besteht, haben sich staatlicher und sozialer Zweck vereinigt. Aber auch jenseits der russischen Grenzen ist die menschenunwürdige Hochachtung vor dem arbeitslosen und unproduktiven Reichtum längst im Schwinden. Der nüchterne Dienst am Volksganzen tritt statt dessen in den Vordergrund. Das moderne Arbeitsethos, das sich heute keimhaft überall regt, will das Ganze über die Person stellen. In welchen Formen dies geschieht, kann der Zukunft überlassen werden. Der Typ des arbeitenden Menschen aber ist im Entstehen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Vollversammlung des Württ Gemeindetags

Vortrag des Reichskommissars Dr. Gerekke

Stuttgart, 21. Jan. Der Württ. Gemeindetag hielt heute unter größter Beteiligung im großen Saal des Gustav-Siegle-Hauses seine 8. Vollversammlung ab. Als Gäste waren Staatspräsident Dr. Bolz, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, Präsident Knapp von der Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, sonstige Behördenvertreter und zahlreiche Parlamentarier anwesend. Der Vorsitzende des Gemeindetages, Bürgermeister Hayer-Besigheim, begrüßte die stattliche Versammlung und gab einen Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeit des Württ. Gemeindetags. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Landrat a. D. **Dr. Gerekke-Berlin**, Präsident des Deutschen Landgemeindetags, über das kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches.

Der Arbeitskommissar wies zunächst auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen hin. Während am 31. Januar 1931 nur 27,6 Prozent der Erwerbslosen Wohlfahrtsunterstützung bezogen hätten, seien es am 31. Januar 1932 53,4 Prozent gewesen. Die Reichsregierung habe sich der von den Gemeinden immer wieder betonten Notwendigkeit der Beseitigung der Dreiteilung in der Erwerbslosenunterstützung nicht verschlossen. Eine interne Lastenverschiebung bringe zwar eine Teilerleichterung, könne aber nicht das Gesamtproblem lösen.

Nur eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit könne die öffentlichen Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden entlasten.

Der Deutsche Landgemeindetag habe daher positive Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht, die Grundforderungen des Landgemeindeprogramms enthielten: Oeffentliche Arbeitsbeschaffung, möglichst Durchführung durch Privatunternehmer und nicht durch Regiebetriebe, billige, nur durch eine Rente zu tilgende langfristige Kredite, wobei für die Tilgungszeit die Lebenszeit der zu erstellenden Arbeiten maßgebend sein soll. Bei dem großen Arbeitsgebiet des Straßen- und Wasserbaus solle es sich also nur um die Unterhaltung, teilweise bereits um die Wiederherstellung größter volkswirtschaftlicher Werte, nicht aber um zusätzliche Arbeiten handeln, denn zunächst sei das Gebot der Stunde, erst wieder einmal die regulären Sachausgaben der öffentlichen Hand herzustellen. In diesem Punkte setze das Sofortprogramm in Höhe von 500 Millionen Mark ein. Erfreulicherweise sei es in kurzer Zeit gelungen, eine Einigung über die Finanzierung des Sofortprogramms herbeizuführen und Richtlinien über die Durchführung aufzustellen. Bei der Prüfung und Sicherung der zahlreichen Anträge auf Kredite wird dafür zu sorgen sein, daß die vorläufig zur Verfügung stehenden Mittel möglichst dezentralisiert auch auf dem Lande zum Einsatz kommen und der zur Verfügung stehende Betrag nicht einseitig für große Objekte verbraucht wird. Mit der Prüfung der ersten Anträge wird noch im Januar begonnen werden.

Am Schluß seiner Ausführungen warnte Dr. Gerekke davor, die Frage der Arbeitsbeschaffung, insbesondere der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu isoliert zu betrachten.

Ein einziges sofort wirksames Allheilmittel zur Behebung aller unserer Nöte und Sorgen in Deutschland gebe es nicht. Ohne Wiederherstellung der Kaufkraft der Massen sei eine Belebung des Absatzes nicht zu erwarten. Ohne rentable Landwirtschaft sei auf die Dauer aber das jetzt so im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende wichtige Problem der Siedlung nicht zu lösen.

Im übrigen rechtfertigten sich alle Anstrengungen der öffentlichen Hand, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nicht nur aus wirtschaftlichen und sozialen, sondern auch aus höchsten staatspolitischen Erwägungen. Kein Weg aus einer solchen Krisis sei ganz ungefährlich. Eine der Voraussetzungen, solche Gefahren zu mildern, sei die Schaffung von Vertrauen der Oeffentlichkeit zu den geplanten Maßnahmen.

Direktor **Schmid** vom Württ. Gemeindetag nahm in einem weiteren Vortrag noch zu Tagesfragen Stellung.

Zum Schluß wurde folgende

Entschließung

angenommen: Die Vollversammlung des Württ. Gemeindetags begrüßt den Entschluß der Reichsregierung, die zur Belebung der Wirtschaft eingeleiteten Maßnahmen durch ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu ergänzen. Als besonders wertvoll wird die Einsetzung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung anerkannt, der eine rasche und zweckmäßige Durchführung der Aufgabe verbürgt. **Die für das sog. Sofort-Programm in der Form der Darlehensgewährung an die öffentlichen Körperschaften eingesetzten Mittel sind aber dem Umfang nach zu gering, um die notwendigen Erleichterungen zu bewirken. Außerdem sind die Darlehensbedingungen für die finanziell stark bedrängten Gemeinden zu schwer. Es wird gefordert, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm wesentlich erweitert wird und die Bedingungen für Tilgung und Verzinsung der Kredite eine günstigere Gestaltung erfahren.**

Die allgemein als unwirtschaftlich erkannte Dreiteilung der Arbeitslosenfürsorge in Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung muß endlich nach den vom Deutschen Landgemeindetag längst gestellten Anträgen in eine einheitliche Erwerbslosenfürsorge umgestaltet werden.

Die durch die Reichsnotverordnung gegenüber den Gemeinden angeordnete Realsteuersperrverordnung und Kreditsperre bei den öffentlichen Spar- und Girokassen haben nach den inzwischen eingetretenen ungeheuren Ausfällen an Reichssteuerüberweisungen und in dem Ertrag des Finanzvermögens der Gemeinden sowie bei der engen Gestaltung des staatlichen Aufsichtsrechts in Württemberg Sinn und Berechtigung verloren. Um den Gemeinden die lebensnotwendige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, müssen die Landstädte und Landgemeinden die sofortige Beseitigung der Sperrvorschriften verlangen. Die auf 1. Januar 1931 durchgeführte Einheitsbewertung weist so starke Unterschiedlichkeiten in der Bewertung der Steuerobjekte auf, daß sie als Grundlage für die Erhebung der Realsteuern auf Grund des Steuervereinheitlichungsgesetzes abzulehnen ist. Die Gemeinden beantragen, die am 1. April 1933 fällige Inkraftsetzung des Steuervereinheitlichungsgesetzes so lange hinauszuschieben, bis eine neue, auf beständige wirtschaftliche Verhältnisse sich gründende Einheitsbewertung vorliegt. Mit Rücksicht auf die Vorbereitung der Voranschläge und der Steuererhebung für 1933 ist eine rasche Entscheidung des Reiches angeboten. **Weiter ist festzustellen, daß die den Gemeinden zum Ausgleich der gesteigerten Wohlfahrtsaufwendungen überlassenen Getränkesteuern, Biersteuern und Bürgersteuern ertragsarm sind und die ihnen zugewiesene Aufgabe nicht zu erfüllen vermögen.** Die von den Gemeinden für den Staat zu erhebende Fleischsteuer, die früher eine reine Gemeindesteuer war, ist dagegen eine reich und sicher fließende Einnahmequelle. Zur Verbesserung der zwischen Staat und Gemeinden bestehenden Aufteilung der öffentlichen Einnahmen und Lasten wird gefordert, die Gemeinden mit einem erheblichen Betrag an dem Fleischsteuerertrag zu beteiligen. Die seitherige Art der Ermäßigung der Zinsverbilligung der Neuhausbesitzer im Einzelfall befriedigt nicht. **Es ist zu fordern, daß die Einsparungen, die die Landeskreditanstalt als Darlehensnehmerin infolge der allgemeinen Zinssenkung macht, zu einer allgemeinen Ermäßigung der Baudarlehenszinse verwendet. Der außerordentliche Tiefstand der Waldrente brachte die in Württemberg besonders stark vertretenen Waldgemeinden und ihre Bevölkerung in eine überaus schwierige Lage. Es ist dringend zu fordern, daß regierungsseitig alle notwendigen Maßnahmen zur Hebung der Rentabilität der Waldwirtschaft beschleunigt und tatkräftig durchgeführt werden.**

Gerekke gegen seine Kritiker

Das „Sofort-Programm" ist kein Irrsinn

Stuttgart, 21. Jan. Zu dem Vortrag des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerekke auf der heutigen Hauptversammlung des Württ. Gemeindetags ist noch nachzutragen seine Erklärung, daß nach einer vorläufigen Berechnung der eingegangenen Voranmeldungen das „Sofort-Programm" der Reichsregierung bereits 4—5mal überzeichnet sei. Wenn gerade Bayern, das das Programm besonders kritisiere, nicht bereit sei, zu diesen Bedingungen Kredite aufzunehmen, dann würde sich Württemberg sicher freuen, wenn es den bayrischen Anteil übernehmen könnte. Zu der Kritik aus Kreisen der Großindustrie erklärte der Redner, daß diese bis jetzt nichts Besseres vorschlagen konnten. Die Bergwerkszeitung sage zwar, das politische System müsse geändert werden. Aber das sei ein schlechter Rat, ja eine Phrase, denn in der Zwischenzeit wären die Arbeitslosen verhungert und die Gemeinden pleite. Die private Initiative, so führte Dr. Gerekke weiter aus, wird keineswegs ausgeschaltet. Der sog. Gerekke-Plan ist vielmehr eine Ergänzung des sog. Papen-Programms, das allein nicht genügt. Zum Schluß betonte der Redner nochmals, daß sein Plan kein Irrsinn sei, daß vielmehr alles wirtschaftlich normal und ohne Gefährdung der Währung vor sich gehen werde.

Ein badisches Arbeitsbeschaffungsprogramm

Karlsruhe, 22. Jan. Die badische Regierung meldete bei Dr. Gerekke ein badisches Arbeitsbeschaffungsprogramm von vorerst 25 Millionen für staatliche und kommunale Arbeitsbeschaffung an; da aber nun Kreise, Städte, Gemeinden und Körperschaften schon bereits Anmeldungen für 28 Millionen eingereicht haben, liegen nun in Berlin schon Anmeldungen für Arbeitsbeschaffung in Baden in der Höhe von ungefähr 44 Millionen vor und man rechnet mit noch weiteren Anmeldungen.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 21. Jan. (Notwerk der deutschen Jugend im Bezirk Neuenbürg.) Im Sitzungssaal des Oberamts trat am letzten Freitag unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Dr. Bühler, Vorstand des Arbeitsamts Pforzheim, zum ersten Mal eine Arbeitsgemeinschaft zusammen, die die Maßnahmen beriet, die im Bezirk zwecks Gründung des Notwerks der deutschen Jugend getroffen werden sollen. An dieser Arbeitsgemeinschaft nahmen teil: Die Leiter des Arbeitsamts Pforzheim, Vertreter der Bezirksbehörden, Amtskörperschaft, Schule und Gewerbeschule, der Kirchen, des Jugendamts, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. — Oberregierungsrat Dr. Bühler sprach zunächst über die Aufgabe des Notwerks, durch das in der Zeit vom 1. Februar bis 31. März ds. Js. die gesamte arbeitslose männliche Jugend unter 25 Jahren vor allem beruflich gefördert werden soll. Zu diesem Zweck sollen berufliche Fortbildungslehrkurse eingerichtet werden zur Erhaltung und Steigerung der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen, um diese in erhöhtem Maße auf dem Arbeitsmarkt verwendbar zu machen. Vorgesehen sind Lehrkurse des Metall- und Holzgewerbes, der Bauarbeiten und des kaufmännischen Berufs. Soweit möglich sollen auch weibliche Arbeitslose zur Herstellung der Verpflegung innerhalb des Notwerks beigezogen werden.

Diese berufliche Fortbildung stellt in den Vordergrund praktische Werkstattunterweisung, wie sie in vorbildlicher Weise vor allem in den Neckarsulmer Fahrzeugwerken, den J.G. Farbwerken Ludwigshafen, im Mitteldeutschen Braunkohlengebiet und in den Werkstätten der Firma Gebr. Sulzer A.G. Ludwigshafen (Metallindustrie) ins Leben gerufen wurde. Die Mittel zur Durchführung der Lehrkurse werden von der Reichsanstalt aufgebracht.

Die Angehörigen des Notwerks sollen täglich zwei warme Mahlzeiten erhalten, die durch Beiträge der Reichsanstalt und der Amtskörperschaft, sowie durch Beihilfe der Gemeinden ermöglicht werden sollen.

Außer zwei Stunden beruflicher Fortbildung sollen täglich zwei weitere Stunden der sportlichen Ertüchtigung, sowie der geistigen Anregung und Fortbildung dienen. Sport, Turnen, Spiele, Pflege der Musik, Vorträge, Lesen und Aussprache sollen hier die berufliche Weiterbildung ergänzen und bereichern. — Die anwesenden Vertreter der Arbeitsgemeinschaft versprachen hierzu ihre Mitarbeit.

Die gesamten Notwerks-Maßnahmen bauen sich auf den Erfahrungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes auf, sollen jedoch einem weit größeren Kreis als dem seitherigen des freiw. Arbeitsdienstes zu gut kommen.

Nach einer Aussprache über die Durchführung des Notwerks im Bezirk wurde ein engerer Arbeitsausschuß gegründet, dem je ein Vertreter des Arbeitsamts, der Amtskörperschaft, des Jugendamts, der Gemeinden, des Heimatwerks, der Forstwirtschaft, der Schule und Kirche angehören. — Dieser Ausschuß besprach die nächsten, notwendigen Maßnahmen zur Einrichtung des Notwerks. U. a. wurden als Orte für die Lehrkurse der beruflichen Fortbildung bestimmt: Neuenbürg, Wildbad, Herrenalb, Calmbach, Birkenfeld und Feldrennach. — In den kommenden Tagen werden durch die Bürgermeisterämter weitere Bekanntmachungen über das Notwerk gemacht werden. J. F. L.

Neuenbürg, 22. Jan. Am letzten Samstag abend hielt der Verkehrsverein im Gasthof z. „Sonne" seine jährliche Generalversammlung ab, die einen den gegenwärtigen Zeitumständen entsprechend verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen hatte. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Bürgermeister Knodel, des in den letzten Monaten verstorbenen langjährigen und treuen Ausschußmitgliedes Karl Schumacher, Wirt, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht wurden die Vereinsgeschäfte in einer außerordentlichen Hauptversammlung und mehreren Ausschuß-Sitzungen erledigt. Die Geschäftstätigkeit zergliedere sich in Neuorganisierung des Vereins; Neuherausgabe eines neuen Werbe-Prospekts und Insertion — allerdings nur in bescheidenem Rahmen — in verschiedenen Zeitungen insbesondere des Rheinlands, außerdem in der Neueinführung eines Zimmer-Nachweises. Der Erfolg der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Jahr sei im Hinblick auf die politische Lage und die bis August andauernde ungünstige Witterung noch ein zufriedenstellender geworden. Bürgermeister Knodel wies dann noch kurz auf die Bedeutung des im Sommer dieses Jahres hier stattfindenden Verbandstag des Verkehrsverbands Württemberg-Hohenzollern hin. Der mit der vorläufigen Kassenführung beauftragte Schriftführer gab den Kassenbericht bekannt. Nach demselben betrugen die Einnahmen 732,60 Mk., die Ausgaben 723,29 Mk., somit ein Kassenbestand von 9,31 Mk. Zur restlosen Begleichung der Gestehungskosten für den neuen Prospekt mußte noch ein Darlehen von 70 Mk. aufgenommen werden, sodaß der Verkehrsverein mit Beginn des Jahres 1933 nach Abzug des baren Vereinsvermögens eine

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Oesterreich von H. Kayser.

401

„Es ist vorbei, Signora!" sagt der Mann fest. Er will sich nicht in das Leben von einst zurückreißen lassen, er will hier weiter schaffen, das Leben der Pflicht, das ihn so beglückt hat in der kurzen Zeit, weiterleben.

Die Galli will antworten, aber da ist der Walzer aus.

Alexander führt sie wieder dem Fürsten zu und verbeugt sich. Dann tritt er zum Grafen Marosch.

*

An dem Abend nimmt der Fürst Alexander beiseite.

„Ich habe eine Frage an Sie, Baron!" sagt er mit leichter Verlegenheit.

„Ich bitte, Hoheit!"

„Wie stehen Sie zur Galli?"

Alexander lächelt und sieht den jungen Fürst offen an.

„Abseits! Ich sagte schon, Hoheit . . . ich will das Leben der Pflicht leben! Was war, ist vorbei! Ich bewundere Signora Galli als herrliche Sängerin . . . und das ist alles!"

„Auf Ihr Ehrenwort?"

„Mein Ehrenwort!"

„Ich danke Ihnen, Herr Baron!" spricht der Fürst befreit.

*

Die Nacht kam.

Die Stunde, da Frieden und Ruhe auf Theresienthal einzog. Alles schlief tief und fest, nur zwei Frauen lagen wach in den Kissen.

Die Galli weinte Tränen der Wut und Enttäuschung, daß ihr Alexander immer mehr entglitt.

Die andere Frau war Lessa.

Sie lag lange noch wach und in ihrem Herzen sangen die Melodien weiter.

Sie dachte an Alexander. Ihre Seele war so voller Freude und Dankbarkeit, daß er stark war, ein Mann, der unbeirrt seinen Weg ging und sich nicht in das alte Leben zurückzerren ließ.

Wie hatte sie damals die Frau gehaßt, die ihr die schönste Stunde ihres jungen Lebens verdarb.

Sie hatte Alexander gesehen und ihr kleines Herz war ihm zugeflogen wie ein Vögelchen, das sich nach Schutz und Liebe sehnt.

Sein Bild war bei ihr, sie sah seine Augen voll Zärtlichkeit und ungewollt tauchte die bange Frage in ihrem Herzen auf: „Liebt er mich? Wird er mich je lieben?"

Es war spät, als sie endlich einschlief.

*

Der nächste Morgen kam.

Die Musiker waren am frühesten auf und tummelten sich. Sie beschlossen, ihrem Freunde Pepi ein Ständchen zu bringen.

Pepi stand verliebt am Herd, eben im Begriffe, in die Zuckerdosen Salz statt Zucker zu tun, als sie anrückten und die ganze Küche füllten.

Pepi hatte noch Zeit, sie zu instruieren, daß sie ihn nicht verrieten. Keiner in der Küche durfte wissen, daß er Baron Holgendorff war.

Als das Ständchen zu Ende war, hielt der Konzertmeister Schneebuber eine zündende Rede auf die Kochkunst Pepis und schloß mit einem donnernden Hoch, in das sie alle einstimmten.

Das Gesinde drängte in die Küche und sah voll Bewunderung, wie man ihren Pepi ehrte. Sie fühlten sich alle miteinander geehrt.

Babette fragte neugierig: „Woher kennens denn die Musiker?"

„Aus Wien! Na . . ja . . i hab doch im Europäischen Hof kocht und . . . !"

„Net schwindeln! Warst garnet Koch dort!" sagte Babette leise.

„Na . . . i habs so kennen gelernt! Immer wenns spielt haben! Wo i doch die Musik so lieb' und ganz besonders die Walzer vom Strauß!"

*

Munter und ausgeschlafen waren sie alle zur Kaffeetafel erschienen.

Danach rückte der Feldmarschalleutnant Otto von Holgendorff mit Braut, Schwägerin und Schwiegermutter an, begleitet von sechzehn Verlobungsgästen.

Es gab für Alexander allerhand zu tun.

Meister Strauß wurde sehr gefeiert.

Der Bräutigam war ganz ausgelassen, er umgab seine Braut mit großer Zärtlichkeit.

Madelaine schien sich dabei nicht ganz wohl zu fühlen. Sie hielt Umschau nach Alexander.

Der Gästezustrom war noch nicht zu Ende.

Erzherzog Johann war von Budapest gekommen und hatte auf der Bahn gehört, daß Meister Strauß auf Theresienthal weile und da hatte er sich mit seinem Adjutanten entschlossen, Theresienthal zu besuchen.

Sein Erscheinen war Sensation.

Graf Marosch ging ihm entgegen und begrüßte ihn herzlich: „Kaiserliche Hoheit machen mich glücklich!"

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schuld von 57,09 Mk. aufzuweisen hat. Der Mitgliederstand beträgt 200. Einwendungen gegen den Geschäfts- und Kassenbericht wurden nicht erhoben und Vorstand, Kassier und Schriftführer wurde unter Dankesworten für ihre Mühewaltung Entlastung erteilt. Der schon bei der letzten Generalversammlung zur Verlesung gebrachte Satzungsentwurf wurde mit einigen Aenderungen angenommen und beschlossen, den Verein in das Vereinsregister eintragen zu lassen. Bei den Neuwahlen wurden Vorstand Bürgermeister Knodel und Schriftführer Fritz Müller in ihren Aemtern neu bestätigt und zum Kassier des Vereins Privatmann Gustav Paschke einstimmig gewählt. Von den ausscheidenden Ausschußmitgliedern wurde Kaufmann Ernst Lindemann wieder gewählt und neu in den Ausschuß berufen die Mitglieder Otto Wendt, Kapellmeister, Otto Bräuninger z. „Bären" und Fritz Mann, Malermeister. Außerdem gehören dem Ausschuß an Kaufmann Martin Lutz, Backermeister Chr. Mayer, Metzger und Wirt K. Silbereisen und Obstbaumwart Karl Scheerer, Stadtpfleger Effich, Stadtbaumeister Jetter, Oberpostinspektor Lutz und Oberbahnhofvorsteher Graner. Für die Aufstellung eines Arbeitsplanes 1933 soll zu gegebener Zeit eine außerordentliche Versammlung einberufen werden. Die Beitragseinstaffelung wurde einer vom Ausschuß noch eigens hierzu zu bestimmenden Kommission überlassen. Unter Anträge und Wünsche wurden aus der Mitte der Versammlung, nachdem Anträge nicht eingegangen waren, noch verschiedene Vorschläge inbezug auf Werbung, Vermehrung der Sitzbänke, Sonderzüge und Autofahrten ins Enztal und eventuelle Zusammenlegung des 100jähr. Jubiläums des Schützenvereins mit dem Verbandstag des Verkehrsverbands Württemberg-Hohenzollern usw. vorgebracht. Bürgermeister Knodel konnte darauf die anregend verlaufene Versammlung mit Dankesworten für die geleistete Mitarbeit schließen. M.

(Wetterbericht.) Der Einfluß des nordöstlichen Hochdrucks verstärkt sich immer mehr. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig aufheiterndes, trockenes und frostiges Wetter zu erwarten.

△ **Herrenalb**, 22. Jan. (Todesfall.) Im Mannheimer Krematorium wird am Montag den Flammen übergeben das Sterbliche des Mannes, der seit mehr als 30 Jahren zur Sommerzeit ein hochgeschätzter Besucher unseres Kurorts war und sich ein bleibendes treues Gedenken gesichert hat: Geheimer Kommerzienrat Hans Knoll, der 82jährig nach kurzem Krankenlager zu Ludwigshafen a. Rh. verschieden ist. Gebürtig aus Braunschweig, war er im Bereiche der chemischen Großindustrie ein Führer der deutschen Wirtschaft. In zahlreichen Ehrenämtern kam seine außerordentliche Arbeitskraft zu voller Geltung: Er war zuletzt stellvertr. Präsident der Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, Vorsitzender des Krieger- und Militärvereins Ludwigshafen, eifriger Förderer des Saarvereins; politisch betätigte er sich in hervorragender Weise bei der Deutschen Volkspartei. In Herrenalb suchte und fand er bis zum vergangenen Jahre Erholung von der Last seiner Berufspflichten. Er wohnte zuerst in der Villa Gerwig, bis er sich nebenan die Villa Elsbeth erbaute. Hier fand er in der Familie seines Schwiegersohns Major a. D. Alex. Vierling eine zweite Heimat.

Schömberg, 22. Jan. Der Bezirkskörperschaftsbeamten-Verein und die Ortsvorstehervereinigung Neuenbürg versammelten sich am letzten Mittwoch zu Ehren ihres langjährigen Mitglieds Bürgermeister Hermann in Schömberg. Als Gäste waren anwesend die Vorstände des Oberamts und des Finanzamts. Beim geschäftlichen Teil referierte Aktuar Kitzling, Herrenalb, in einem ausgezeichneten Vortrag über einen Abschnitt der neuen Gemeindeordnung. Bei der Besprechung von Tagesfragen wies Landrat Lempp auf das Notwerk für die deutsche Jugend hin und Reg.-Rat Müller stellte sich den Ortsvorstehern und Körperschaftsbeamten vor und bat um Vertrauen und Mitarbeit für die schwierigen Aufgaben der Steuerverwaltung. Beim gemütlichen Teil gedachte der Vorsitzende Bürgermeister Knodel in längeren Ausführungen des 25jährigen Ortsvorsteherjubiläums des Kollegen Hermann und beglückwünschte ihn namens des Vereins unter Ueberreichung einer kleinen Festgabe. Landrat Lempp, auf sein bereits zu der Festsitzung des Gemeinderats am 30. Dezember v. Js. übersandtes eingehendes Glückwunschschreiben hinweisend, sprach sich über die Tätigkeit des Jubilars in dienstlicher und persönlicher Beziehung sehr anerkennend aus mit den herzlichen Wünschen für ihn und seine Familie in der Zukunft. Der Jubilar dankte für die Ehrung und versprach, dem Verein auch fernerhin Treue zu halten.

Württemberg

Altensteig. (Feuerschutz für das Schloß und das Finanzamt.) Hier fand eine Besichtigung des alten Schlosses und des Finanzamts unter Leitung von Bezirksfeuerlöschinspektor Köbele und Führung von Regierungsrat Huberich und Bezirksbaumeister Theurer vom Bezirksbauamt Calw in Anwesenheit der Führer der Freiw. Feuerwehr Altensteig statt. Die Besichtigung soll alle 3 bis 5 Jahre erfolgen und die Führer der Wehr mit den räumlichen und vorhandenen technischen Verhältnissen vertraut machen, um bei einem etwaigen Brandfall in richtigem Angriff vorzugehen.

Zillingen, OA. Maulbronn. (Der Hund im Schafpferch.) Nachts brach ein frei umherlaufender Hund einer hier lagernden Zigeunerfamilie in einen Schafpferch ein. Die Schafe überrannten die Hürden und flüchteten über die dem Gärtner Karl Schaiter gehörenden Glashäuser seiner Gärtnerei, wobei wohl ca. 100 Scheiben zertrümmert wurden; auch verschiedene Schafe wurden durch Glassplitter verletzt.

Stuttgart. (Programmbeirat beim Südd. Rundfunk). Die württ. Regierung hat im Benehmen mit dem Reichsministerium des Innern und der bad. Regierung für das Jahr 1933 folgende Persönlichkeiten in den neu zu bildenden Programmbeirat der Süddeutschen Rundfunkgesellschaft berufen. Als württ. Vertreter: Pfarrer Pfisterer, Vorsitzender der ev. Rundfunkarbeitsgemeinschaft Württembergs, OberregierungsratÖgler, Vors. der kath. Rundfunkarbeitsgemeinschaft Württembergs, Generalmusikdirektor Professor Leonhardt, Oberstudiendirektor Dr. Binder, Direktor Bäuerle, Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Volksbildung, Frau Prof. Rist als Vertreterin der württ. Frauenverbände. Als bad. Vertreter: Dr. Gißler in Freiburg, Kapitän a. D. Weeber in Freiburg, Prof. Philipp, Direktor der bad. Hochschule für Musik in Karlsruhe, Prof. Dr. Andreas, z. Zt. Rektor der Universität Heidelberg, Eberts, Leiter der öffentl. Musikbücherei in Mannheim.

Reutlingen. (Auch Elektrisierung der Strecke Stuttgart—Tübingen?) In einem Rundschreiben an die beteiligten Körperschaften macht die Handelskammer Reutlingen darauf aufmerksam, daß die Aussichten für eine beschleunigte Inangriffnahme der Elektrisierung der Bahnstrecke Stuttgart—Plochingen—Tübingen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsbahn nicht ungünstig seien. Es gelte jetzt durch ein entschiedenes Vorgehen der beteiligten Gemeinden und Körperschaften die letzten Hindernisse, die im Wege stehen, zu beseitigen.

Rottweil. (Notzucht und Straßenraub). Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Rottweil kam ein Fall zur Verhandlung, der die Bevölkerung zwischen Rottweil und Dunningen längere Zeit in erhebliche Aufregung versetzte. Angeklagt waren der 22 Jahre alte ledige Gipser Peter Bauer von Kaiserslautern (Pfalz) und der 18 Jahre alte ledige Handlungsgehilfe Rudolf Lindner von Oberreichenbach, Gemeinde Reichenbach, sächsische Hauptmannschaft Plauen i. V., wegen fortgesetzter, teils vollendeter, teils versuchter Notzucht und wegen Straßenraubs. Das Urteil lautete gegen Bauer auf 3 Jahre 6 Mon. Zuchthaus, gegen Lindner auf 3 Jahre Zuchthaus, außerdem wurden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je 3 Jahren aberkannt.

Gmünd. (Ein Auto von der Lokomotive erfaßt.) Gestern abend wurde bei dem unbewachten Bahnübergang in der Lorcherstraße ein Personenkraftwagen aus dem Oberamt Nürtingen von dem von Göppingen kommenden Personenzug erfaßt und zur Seite geschoben. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Ebingen. (Ebinger Arbeitsbeschaffungsprogramm — Pflichtarbeit für die Arbeitslosen.) Der Gemeinderat beschloß, aus den Mitteln des Gerke-Plans die Schmicha-Korrektion durchzuführen. Später soll noch ein Schwimmbad erstellt werden. Weiter wurde beschlossen, alle männlichen Wohlfahrtserwerbslosen unter 55 Jahren (Kranke ausgenommen) zu einem Betrage, der 20 Prozent ihrer Erwerbslosenunterstützung einschließlich Mietbeihilfe übersteigt, zu Arbeiten Straßenbauarbeiten, Steinbrucharbeiten und dgl., die möglichst keine Materialkosten erfordern, heranzuziehen. Die Entlohnung erfolgt nach dem für Fürsorgearbeiter festgesetzten Satz.

Biberach a. R. (Bürgermeisterwahl). Bei der Bürgermeisterwahl wurden von 6905 Stimmberechtigten 4470 Stimmen abgegeben. Davon erhielt der bisherige Bürgermeister Josef Hammer (parteilos) 4101, Landtagsabg. Haag (Komm.) 347 und Dipl.-Ing. Großmann (parteilos) 22 Stimmen. Der bisherige Bürgermeister ist somit glänzend wiedergewählt.

Ravensburg. (Im Jähzorn sein Kind getötet.) Wie bereits berichtet, war unter dem Verdacht, sein Kind zu Tode mißhandelt zu haben, der Hausierhändler Bahman aus Tettnang in das Amtsgerichtsgefängnis Ravensburg eingeliefert worden. Bahmann hat nunmehr ein Geständnis abgelegt. Er gab an, er habe, als das Kind am 21. Dezember wieder einmal geschrien habe, dieses so fest mit beiden Händen geschüttelt, daß der Kopf vorn auf die Brust und noch hinten auf den Rücken geschlagen sei. Da man nach diesen Aussagen eine Verletzung der Halswirbelsäule annahm, so war das Kind nochmals ausgegraben worden. Eine Röntgenaufnahme ergab Ausrenkung des zweiten Halswirbels; dadurch wurde das Halsmark gequetscht, sodaß der Tod durch Atmungslähmung sofort eingetreten war. Bahmann hatte schon früher einmal mehrmals Wutanfälle gehabt und in seinem Jähzorn hatte er einmal seine Wohnungseinrichtung kurz und klein geschlagen.

Kann ein kleiner Bauernhof wegen Steuerrückständen zwangsversteigert werden?

Es häufen sich leider die Fälle, daß Steuergläubiger, insbesondere die Gemeinden, rückständige Steuern beitreiben. Sie begnügen sich dabei nicht allein mit Pfändungen des beweglichen Vermögens, sondern greifen auch zur Zwangsvollstreckung der Grundstücke selbst. Gegen beide Arten hat der Steuerpflichtige das Recht, Zwangsvollstreckungsschutz zu beantragen. Es ist aber vielfach nicht bekannt, daß dieses Recht innerhalb 14 Tagen, gerechnet von der Zustellung des Beschlusses, geltend zu machen ist. Erfolgt dies nicht, dann kann die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden.

Bei Steuerrückständen hat aber der kleine Landwirt noch eine Möglichkeit, wenn sich die Zwangsvollstreckung gegen seinen Betrieb richtet und nicht nur gegen das bewegliche Vermögen. Es ist in § 372 der Abgabenordnung bestimmt, daß in Kleinsiedlungen (Ackernahrungen, Kleinwohnungen), die der Schuldner bewohnt, Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung nur mit Zustimmung des Schuldners zulässig ist. Der Schuldner kann also dem Zwangszugriff seine Zustimmung versagen und dann muß er unterbleiben. Ob eine Kleinsiedlung vorliegt, entscheidet das Landesfinanzamt endgültig.

Die Gemeinden sind falsch daran, wenn sie in der heutigen Zeit wegen Steuerrückständen die kleinen Leute von Haus und Hof verjagen. Wahrscheinlich finden dieselben keine Arbeit, dann fallen sie der Gemeinde erst recht zur Last. Durch ein rigoroses Vorgehen wird aber mehr böses Blut geschaffen, als der Gemeinde zuträglich ist. Ordnung muß sein. Dieser Grundsatz ist den Gemeinden zuzugestehen, aber sie können diese Ordnung derzeit auf einem Wege erreichen, der den Schuldnern nicht als Zwang vorkommt, sondern als Entgegenkommen, dadurch, daß die Steuerrückstände ordnungsgemäß gestundet, die derzeit fälligen Steuern richtig bezahlt, dafür Steuergutscheine den Schuldnern zufließen, die der Gemeinde als Sicherheit oder zum Nennwert an Zahlungsstatt überlassen werden. Aber nicht nur, wenn Zwangsvollstreckung droht, sind diese Steuerstundungen durchzuführen, sondern allgemein aus dem Recht der Steuergutscheine. Je eher die Steuerpflichtigen ihre gutscheinfähigen Steuern bezahlen können, desto eher fließt auch durch die Gutscheine Geld in die Gemeinden und damit auch in die Gemeindekassen.

Steuerfragen im Finanzausschuß

Stuttgart, 20. Jan. Der Finanzausschuß des Landtags befaßte sich heute mit Steuerfragen. Ein Redner des Bauernbundes bekämpfte die nationalsozialistischen und kommunistischen Steueranträge und erklärte, daß diese Anträge den Zusammenbruch der Gemeinden bringen müßten. Ein deutschnationaler Redner bezeichnete den nationalsozialistischen Antrag für eine glatte Unmöglichkeit. Jeder Steuerschuldner würde künftig jede Zahlung verweigern. Seitens der Nationalsozialisten wird der Antrag zurückgezogen, wonach „aus der Substanz geleistete Steuerzahlungen nach Prüfung auf Antrag zurückerstattet werden müssen". Ein sozialdemokratischer Redner begründete einen Antrag Pflüger, wonach die Regierung Erhebungen anstellen soll, ob inbezug auf die Gewährung von Steuererleichterungen und Steuernachlässen in Ländern mit nationalsozialistischer Regierungsbeteiligung nach dem nationalsozialistischen Antrag verfahren wird. Ein Zentrumsredner erklärt, daß es ein Verbrechen wäre, derartige Anträge wie den nationalsozialistischen Antrag anzunehmen. Ein weiterer sozialdemokratischer Redner erklärt, der nationalsozialistische Antrag sei eine Aufforderung zum Steuerstreik. Ein kommunistischer Redner stellt fest, daß die Nationalsozialisten Schritt für Schritt zurückweichen müssen. Ein Redner des CSD. will trotz vieler Bedenken dem nationalsozialistischen Antrag zustimmen. Ein demokratischer Redner wendet sich gegen den nationalsozialistischen Antrag. Oberregierungsrat Danz erklärt, daß die Gemeinden bis jetzt den Steuerzahlern weit entgegengekommen seien. Die Abgeordneten Dr. Schott (Dn.) und Dr. Häcker (BB.) stellen Abänderungsanträge zu dem nationalsozialistischen Antrag, der dann mit den Abänderungen in folgender Fassung angenommen wird: Die Regierung zu ersuchen, auf die Gemeinderäte einzuwirken bzw. im Benehmen mit dem Präsidenten des Landesfinanzamts bei unverschuldeter Leistungsunfähigkeit des Steuerschuldners die Finanzämter anweisen zu lassen, 1) Rückstände an Realsteuern für Staat und Gemeinde auf Antrag zu erlassen oder zu stunden, wenn die Durchführung von Zwangsmaßnahmen den Besitz des Steuerschuldners auf Grund und Boden gefährden würde, 2. unter der gleichen Voraussetzung bei der Beitreibung von Realsteuern bereits eingeleitete Zwangsmaßnahmen rückgängig zu machen und Zwangseintragungen zu löschen. Angenommen wurde auch ein Antrag Winker (Soz.), bei der Beitreibung der Gemeinde- und Staatssteuern schonend vorzugehen und Zwangsversteigerungen möglichst zu vermeiden. Der Antrag Pflüger findet ebenfalls Annahme.

Es folgt die Beratung über einen Antrag Dr. Wider (DN.) betreffend Herabsetzung der Vermögenssteuerwerte. Der Antrag wird nach kürzerer Debatte abgelehnt. Zu einem sozialdemokratischen Antrag betr. Offenlegung der Steuerlisten erklärt der Regierungsvertreter, daß bei dem komplizierten deutschen Steuersystem die Kontrolle der Laien kaum möglich sei. Eine Gefährdung des Kredites sei auch nicht leicht zu nehmen. Ein nationalsozialistischer Redner erklärt sich für die Offenlegung. Es werde zwar der Denunziation Tür und Tor geöffnet, auch werde man die großen Spitzbuben nicht fassen können. Ein sozialdemokratischer Redner glaubt, daß man günstige Erfahrungen machen werde. Der Regierungsvertreter widerspricht dem. Die größten Länder der Welt hätten keine Offenlegung. Amerika habe sie wieder abgeschafft. Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag angenommen, dafür stimmen Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Christl. Volksdienst, dagegen Zentrum, Deutschnationale, Bauernbund und Demokraten. Abgelehnt wird ein Antrag Stooß (BB.) betreffend Befreiung zur Abgabe zur Arbeitslosenhilfe. Eine Eingabe des Bürgermeisteramts Stuttgart betr. Erklärung von Kapital- und Steuerflucht als Hochverrat wird aufgrund eines früher vom Landtag gefaßten Beschlusses für erledigt erklärt. Annahme findet ein Antrag des Abg. Müller (C. Bd.) betr. Genehmigung von Zwecksparkassen.

Hybridenreben — Milchgesetz

Stuttgart, 19. Jan. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Landtags befaßte sich in seiner Donnerstagsitzung mit fünf Eingaben der Gemeinden Enzberg, Winterbach, Mönsheim, Schützingen und Entringen um Zulassung der Hybridenreben. Präsident Dr. Springer legte die Rechtslage dar. Durch Reichsgesetz sei der Anbau von Hybridenreben verboten. Es wurden große Mittel für die Entfernung und Umpflanzung gewährt. Auch neuerdings haben sich die Besitzer von 300 000 Stöcken zur Entfernung der Hybriden bereit erklärt. Das zwangsweise Vorgehen trifft nur die unerlaubten Anpflanzungen nach dem 1. April 1930. An Bewährung hat es nicht gefehlt und in verschiedenen Bezirken wurde Gutes erreicht. Nach 1935 darf Hybridenwein nur noch als Haustrunk verwendet werden. Das Verbot muß durchgeführt werden, um endlich Klarheit zu erreichen. In der Aussprache vertrat der Abg. Kugler (BB.) den Standpunkt des Württ. Weinbauvereins betr. Verbot der Anpflanzung. Ein Redner des Christl. Volksdienstes trat für einen Antrag seiner Partei ein, der Zeit für Umpflanzung und Veredlung gewähren will. Ein Redner des Zentrums betonte die steigende Bedeutung des Qualitätsweinbaus. Ein Kommunist sprach gegen die Anbauverbote. Ein weiterer Bauernbündler und ein Nationalsozialist erklärten sich gegen Hybridenanbau. Präsident Dr. Springer erklärte noch, daß Mittel für den Ersatz verbotswidrig angepflanzter Hybriden nicht vorhanden seien. Ein Sozialdemokrat war gegen das generelle Anbauverbot. Die Abstimmung hatte die Annahme folgender Anträge zur Folge: Erzeugern, die Hybridenweinstöcke auf behördliche Anweisung aushauen, soll auf Antrag eine angemessene Entschädigung, insbesondere durch kostenlose Lieferung geeigneter Qualitätswurzelreben aus den staatlichen Rebveredlungsanstalten gewährt werden. Der heimische Qualitätsweinbau soll auch weiterhin nach Kräften gefördert und einer Beeinträchtigung des Qualitätsweinbaues durch sachkundige Aufklärung entgegengewirkt werden. Für die jetzt in Erfüllung des Reichsgesetzes endgültig zu entfernenden Hybridenreben wird auf Antrag kostenloser Ersatz in Edelreben geliefert. Ausgesprochene Strafen oder gestellte Strafanträge wegen angeblich verbotswidriger Anpflanzung sind zurückzuziehen. Durch Unterstützung von Staatsmitteln sollen in geeigneten Gemeinden Musterweinberge angelegt werden. Ferner sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um durch die Umstellung vom Hybriden- zum Edelweinbau wieder selbständige Existenzen zu schaffen und dadurch den Arbeitsmarkt zu entlasten. — Zum Schluß behandelte der Ausschuß noch einen kommunistischen Antrag, der sich gegen die Durchführung des Reichsmilch-

Die erste Felddienstübung mit der „zivilen Uniform" des engl. Heeres

Maschinengewehrposten mit der neuen Uniform, deren weicher Hut, offener Kragen und Knickebockers der militärischen Kleidung eine in der engl. Presse bespöttelte „zivile" Note geben. Doch soll sich die Uniform bei den jetzt abgehaltenen Felddienst-Uebungen ausgezeichnet bewährt haben.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gesetzes wendet. Präsident Dr. Springer gab zu, daß das Gesetz für die kleinen Landwirte zum Teil drückende Bestimmungen enthalte, aber mit aller Schonung angewandt werde. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, daß die Kosten bei der Durchführung vom freiwilligen Tuberkulosetilgungsverfahren, insbesondere bei korporativem Beitritt von Gemeinden, wesentlich herabgesetzt werden. Der kommunistische Antrag wurde für erledigt erklärt. Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag.

Regierung und Staatsvereinfachung

Stuttgart, 20. Jan. Die Notwendigkeit der Staatsvereinfachung wird in einem Aufsatz dargelegt, den der „Schwäb. Merkur" veröffentlicht. In dem Artikel heißt es u. a.: Bisher konnte man der Auffassung sein, das große Hemmnis für eine zweckmäßige Verwaltungsvereinfachung in Württemberg sei der Landtag. Nun hat der neue Landtag mit erheblicher Mehrheit von der Regierung Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung gefordert, aber zur allgemeinen Verwunderung erklärte der Regierungsvertreter eine weitere Staatsvereinfachung weder für notwendig noch für möglich. Da der württ. Haushalt zurzeit jeden Monat einen größeren Abmangel aufweist, so ist die Gefahr, dieser Abmangel werde einmal durch Erhöhung der Steuern für die Wirtschaft oder durch weitere Gehaltskürzungen der Beamten ausgeglichen werden müssen, sehr dringend geworden. Die Reform der öffentlichen Einrichtungen des württ. Landes ist längst fällig. Württemberg ist mit der Durchführung der Staats- und Verwaltungsreform hinter Baden, Bayern und Preußen zurückgeblieben. Die Regierung hat alle Mittel in der Hand, die für eine Staatsvereinfachung notwendig sind. Landtagsbeschlüsse sind dazu nicht unbedingt nötig. Für viele scheint die württ. Verwaltungsvereinfachung gleichbedeutend mit Aufhebung und Zusammenlegung von Oberämtern zu sein. Solange man nicht von der Meinung abkommt, die Verwaltungsreform sei in der Hauptsache eine Frage regionaler Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke der Behörden, stehen die Versuche der Neuerung auf keinem gesunden Boden. Die Aufhebung der Kreisregierungen zeigt das genau. Man hat aus vier Behörden eine einzige gemacht, die heute kaum weniger Beamte in Anspruch nimmt und nicht weniger umständlich arbeitet als die früheren Behörden, dabei aber den großen Nachteil aufweist, daß sie viel weniger über die lokalen Verhältnisse unterrichtet ist als die früheren Kreisregierungen. Der Reformator muß sich bewußt sein, daß zunächst **der Geist der Verwaltung** und die von diesem geprägte Arbeitsweise umgestellt werden muß, wenn eine Verwaltungsreform Erfolg haben soll. Das zu weite Abgerücktsein der Beamten und Behörden des Staates von der Werkstatt der Arbeit und dem Werktag des Bürgerdaseins, der ungenügende Einblick in das praktische Leben und in den Nutzeffekt behördlicher Maßnahmen ist der Nährboden für entbehrliche Weiterungen, Umständlichkeiten, Schnörkel und Gezier. Die Meinung, die Verwaltung sei eine hohe Kunst und Wissenschaft, zu der der gesunde Menschenverstand nicht ausreiche, müßte durch die Auffassung ersetzt werden, daß alles, was in der Verwaltung der gesunde Menschenverstand nicht begreifen kann, unnütz und schädlich ist. Mit dem traditionellen, den Staatsbeamten anerzogenen Mißtrauen der oberen Instanzen gegen die unteren — ein Funktionieren der Privatwirtschaft wäre mit so viel Mißtrauen überhaupt undenkbar — müßte aufgeräumt werden. Auch müßte die Beamtenschaft mehr als bisher lernen, daß alle Arbeit der Verwaltung unökonomisch und überflüssig ist, wenn sie nicht auf raschem und kurzem Weg für den einzelnen oder für die Oeffentlichkeit zu einem greifbaren effektiven Nutzen führt. Daraus werden sich dann Arbeitsmethoden der Behörden ergeben, die sich vorteilhaft abheben von den veralteten, umständlichen, zeitraubenden und ermüdenden Formen, die dem strengen Zweckmäßigkeitsprinzip und dem Tempo der heutigen Zeit in keiner Weise mehr entsprechen. Erst aus dem geistigen Umbau und der Vereinfachung der Arbeitsmethoden wären die notwendigen Zuständigkeitsänderungen unter den Behörden und eine etwaige regionale Neugliederung abzuleiten. Es ist falsch, den Kernpunkt der Verwaltungsreform draußen bei den Behörden unterer Instanzen zu suchen. Was dort zu geschehen hat, könnte zu einem großen Teil durch Einbehaltung freiwerdender Stellen geschehen. Viel wichtiger ist die Reform, die von den Ministerien ausgehen und in erster Linie dort ansetzen muß, denn am meisten reformbedürftig sind unsere Spitzenbehörden und ihre Abteilungen, von denen sich welche ohne Bedürfnis geradezu zu monströsem Umfang ausgebaut haben.

Baden

Aus Baden, 21. Jan. Dieser Tage gingen durch die Blätter Meldungen von der Inbetriebnahme eines schraubenlosen italienischen Motorbootes, des ersten dieser Art. In der „Badischen Presse" wird nun festgestellt, daß dieses schraubenlose Motorboot für Karlsruhe keine Neuerung darstellt, insofern, als solche Versuche auf dem Altrhein bei Karlsruhe in den Jahren 1927 und 1928 durchgeführt worden seien. Diese Erfindung sei unter No. D. 55824 XI/65 f patentiert. Die damaligen Versuche hätten gute Erfolge gezeitigt, seien jedoch infolge mangelnder Mittel eingestellt worden.

Handel und Verkehr

Stuttgart. (Holzverkäufe). Bei den Holzverkäufen aus den württ. Staatswaldungen wurden im 2. Drittel des Monats Januar folgende Erlöse erzielt: für Nadelstammholz Fichten und Tannen 37—49, Forchen und Lärchen 47—62 Proz. der Landesgrundpreise, für Laubstammholz 70—85 Proz., für Nadelholzstangen 70—90 Prozent. An Brennholz wurden verkauft: Laubholz 33774 Rm., Nadelholz 13921 Rm. bei einem Durchschnittserlös von 93 Proz. der Bezirksgrundpreise gegen 91¾ Proz. im 1. Drittel des Monats Januar, 89 Proz. in der 2. Hälfte des Monats Dezember und 95 Proz. in der 1. Hälfte des Monats Dezember.

Letzte Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags brüskiert Schleicher

Berlin, 21. Jan. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wurde am Freitag eine durch einen kommunistischen Antrag erweiterte, von den nationalsozialistischen Ausschußmitgliedern eingebrachte Entschließung mit den Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Herr Reichskanzler hat am Neujahrstage 1933 ausgesprochen, daß Deutschland nunmehr von Reparationen befreit sei. Der Auswärtige Ausschuß stellt fest, daß das deutsche Volk sowohl den vollen Zins- und Tilgungsdienst für die Dawesanleihe weiterhin tragen soll, ebenso den Zins- und Tilgungsdienst für die Younganleihe, ferner die Zahlungen an Amerika, die sogenannten belgischen Marktzahlungen, die gestundeten Besatzungskosten, Zahlungen, die zum Teil bis zum Jahre 1966 reichen sollen. Hinzu treten sollen noch die Ratenzahlungen für die Schlußzahlung von drei Milliarden gemäß dem Lausanner Abkommen, insgesamt 410 Millionen jährlich. Ueberdies beträgt der Verlust durch Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens im Ausland etwa 11 Milliarden, deren Ersatz an die geschädigten Auslandsdeutschen laufende Belastungen für die deutschen Finanzen bedeuten.

Außerdem wurde das Inkrafttreten des Abkommens von Lausanne von den Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens in einem Gentleman Agreement davon abhängig gemacht, daß sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Streichung der Interalliierten Schulden bereit finden; infolgedessen ist bis auf den heutigen Tag und auch bis auf weiteres die Frage offen, ob das Lausanner Abkommen überhaupt Wirksamkeit erlangt. Aus allen diesen Gründen ist der Auswärtige Ausschuß der Anschauung, daß die genannten Ausführungen des Herrn Reichskanzlers im In- und Ausland falsche Vorstellungen erwecken können und deshalb den deutschen Interessen nicht genutzt haben."

72 Meter-Sprung holländischer Schwimmer

Ein Todesopfer — Polizei greift ein

Rotterdam, 22. Jan. Ein junger Mann, der gestern nachmittag von der 72 Meter-Spitze des Turmes einer Eisenbahnbrücke in das Wasser des Königshafens sprang, um die vor einer Woche glücklich vollbrachte gleichartige Leistung eines jungen Manes zu überbieten, büßte seine Tollkühnheit mit dem Tode. Der Körper überschlug sich nach dem Absprung mehrere Male, prallte mit großer Wucht auf der Wasseroberfläche auf und verschwand im Wasser, ohne wieder aufzutauchen. Erst nach geraumer Zeit konnte der Leichnam, der u. a. einen Schädelbruch aufwies, geborgen werden.

Trotz des tragischen Ausgangs dieses abenteuerlichen Sprunges versuchte heute ein anderer Mann den Sprung auszuführen, um eine Wette zu gewinnen. Er wurde aber von der Polizei an seinem Vorhaben gehindert und vom Turm herabgeholt.

Sportecke

Das Sportprogramm am 22. Januar

Länderspiele

In Amsterdam: Holland — Schweiz 0:2; in Solothurn: Schweiz B — Elsaß 0:0.

Um die Süddeutsche Meisterschaft

Abt. Süd-Nord: Phönix Karlsruhe — FSpV. Frankfurt 1:2, Union Böckingen — Wormatia Worms 4:5, Eintracht Frankfurt — Karlsruher FV. 1:1, FSpV. Mainz — Stuttgarter Kickers 5:4.

Abt. Ost-West: SpVgg. Fürth — FC. Nürnberg 1:0, Bayern München — FC. Pirmasens ausgefallen, FC. Kaiserslautern — 1860 München 1:2, Phönix Ludwigshafen — SpV. Waldhof 0:0.

Um den Verbandspokal

Bezirk Württemberg-Baden: VfB. Stuttgart — Sportklub Stuttgart 3:2, Sportklub Freiburg — SpV. Feuerbach 1:4, Germania Brötzingen — FC. Freiburg 1:3, FC. Birkenfeld — SpVgg. Schramberg 1:5, VfB. Karlsruhe — Frankonia Karlsruhe 2:5, FC. Mühlburg — FC. Pforzheim 3:4.

Kreisliga

Kreis Enz-Neckar: Pokalspiele: Neuenbürg — Erlingen 2:4, Niefern Mühlacker 4:2, Enzberg — Dillstein (Verbandsspiel) 5:0.

Deutsche Eishockey-Meisterschaft in München

SCI. Riessersee gewann in München das Endspiel im Eishockey nach dramatischem Spielverlauf gegen den 14fachen deutschen Meister, Berliner Schlittschuhklub, überraschend mit 2:1. Riessersee ist damit erstmals deutscher Meister geworden.

Schwarz-Göppingen schwimmt Weltrekord

Der bekannte Meisterschwimmer Paul Schwarz vom SV. Göppingen hatte im Braunschweiger Stadtbad einen Weltrekord angesagt, die große Leistung ist ihm gelungen. Schwarz legte unter offizieller Kontrolle die Strecke über 500 Meter Brustschwimmen in der neuen Weltrekordzeit von 7,33,1 Min. zurück. Er hat damit den seitherigen Weltrekord des Finnen Rheingold um die sehr beachtliche Differenz von 3,7 Sekunden verbessert.

Gühring schlägt Griselle

Im Pariser Sportpalast standen sich der Stuttgarter Schwergewichtler Gühring und der Franzose Maurice Griselle in einem Zehnrundenkampf gegenüber. Gühring war seinem Gegner dank seiner größeren Reichweite überlegen, die es ihm jederzeit gestattete, Griselle auf Distanz zu halten. Nach einem etwas eintönigen Kampf, bei dem Gühring aber große Kaltblütigkeit zeigte, wurde dem Deutschen der verdiente Punktsieg zugesprochen.

Neuenbürg.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich gezwungen wurde,

meine Metzgerei hier auf 1. Febr. aufzugeben.

Um zu räumen, gebe ich auf noch vorhandene **Wurstwaren** ab morgen Dienstag **10 Proz. Nachlaß.**

Friedrich Lausch.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am **Dienstag, 24. Januar, 13 Uhr, in Haltestelle Engelsbrand:**

1 Radio-Apparat mit Lautsprecher.

Zusammenkunft bei der Haltestelle Engelsbrand.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

Gaigel- und Tapp-Karten

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhdlg

1,2 Ltr.

Opel-Limousine,

nur kurze Zeit gelaufen, günstig zu verkaufen.

Angebote unter Nr. 132 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Schwäbischer Merkur Stuttgart

Regelmäßige Beilagen: Sonntagsbeilage / Bunte Ernte Frauenzeitung / Sport und Spiel / Technischer Merkur Reise und Rast / Heer und Wehr / Führende Handelszeitung / Das Blatt des anspruchsvollen Zeitungslesers Bestellungen nehmen die Postämter entgegen

Anerkannte Erfolge für Anzeigen aller Art

Stempelkissen

Stempelfarben

Stempelständer

Firmenstempel

in allen Größen

C. Meeh'sche Buchhandl., Neuenbürg

Man sucht und findet

Personal und Stellungen, Gegenstände zu verkaufen und zu erwerben, Wohnungen zu vermieten und zu mieten, überhaupt

Alles im privaten und wirtschaftlichen Leben Am sichersten und schnellsten durch die Zeitungs-Anzeige!

Technik für Alle

Monatshefte für Technik und Industrie

12 reichillustrierte Hefte und 4 kostenlose Bücher im Jahr.

Bezugspreis RM. 2.25 im Vierteljahr.

Zu beziehen durch die C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

Eine Zeitschrift, die belehrt und unterhält!

Wir haben die Verkaufsstelle für

Süddeutschlands Zeitung für die gesamte Sportbewegung

„Der Sportbericht"

(Alleiniges amtl. Nachrichtenblatt für den Bezirk Württemberg-Baden im Südd. Fußball- und Leicht-Athletik-Verband)

ab 20. Januar ds. Js. übernommen.

Die Montag-Ausgabe ist Montag früh (erstmals am heutigen Montag), die Mittwoch-Bilder-Ausgabe und die Samstag-Ausgabe jeweils am Dienstag und Freitag nachmittag in unserer Buchhandlung erhältlich.

C. Meeh'sche Buchhandlg., Neuenbürg.

Inh.: Fr. Biesinger.

Was wird aus unserem Geld?

Endlich Klarheit! Der bekannte Bankier und Geld-Sachverständige K. v. Eichborn enthüllt wertvolle Aufschlüsse in seinem soeben erschienenen Buche. — Preis 1.80 Mark. Nur erhältlich bei

Verlag E. Aug. Schäfer, Stuttgart-Waiblingen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw